

LORSCH aktuell

SPD



Herausgeber: SPD-Ortsverein Lorsch

Februar 2025

**Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,**

das Jahr 2024 hat mit einem politischen Paukenschlag geendet, was zu Neuwahlen jetzt im Februar führt.

Dabei wird durch das grobe Fehlverhalten der FDP leider übersehen oder bewusst ignoriert, welche Erfolge die Ampel in den drei Jahren erzielt hat.

Auch für die derzeitige Wirtschaftskrise gibt es von der SPD konkrete Konzepte wie die Reform der Schuldenbremse, um dringend benötigte Investitionen zu ermöglichen.

Übrigens keine neue Idee, denn auch Wirtschaftsbetriebe finanzieren einen neuen Maschinenpark mit Krediten und arbeiten mit Abschreibungen.

Populisten verwechseln hier bewusst einen Staatshaushalt mit einem Privathaushalt und schüren Ängste vor angeblicher Überschuldung für die nächsten Generationen.

Weiterhin benötigt auch die Ukraine Hilfen, um sich zu verteidigen und für die Zukunft in eine gute Verhandlungsposition zu kommen.

Was wir brauchen in Deutschland ist weniger Jammern, sondern mehr Mut zur Veränderung. Wir sollten nicht auf Phantasiegebilde von Populisten reinfallen, sondern selbst die Zukunft gestalten.

Gehen Sie bitte am 23.02.2025 wählen, wählen Sie die SPD und Sven Wingerter. Die SPD rückt seit über 160 Jahren keinen Millimeter nach rechts und hat Lösungen für unsere Zukunft.

In unserer Ausgabe finden Sie selbstverständlich auch wieder interessante Artikel zu Lorsch Themen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe.

Ihr
Marcel Claros
SPD-Ortsvereinsvorsitzender

Eine engagierte sozialdemokratische Politik für die Vielen!

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Hierfür hat mich die SPD Bergstraße als Wahlkreis-Kandidaten gewählt. Die erneute Nominierung ist eine große Ehre für mich.

Eine engagierte sozialdemokratische Politik für die Vielen – das ist meine politische Motivation. Für die Beschäftigten wie für junge Familien mit Kindern, für Jugendliche und ältere Menschen, für sozialen

es darum, gemeinsame Interessen zu betonen und zu vertreten. Mit einer Politik, die die individuelle Leistung der Menschen und ihre Lebensstile in einer solidarischen Gesellschaft respektiert und zusammenführt.

Als **Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Kreis Bergstraße** stehe ich für eine klar erkennbare arbeitnehmerorientierte Politik. Echte Wertschätzung für die tägliche Arbeit erfordert anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wer gearbeitet hat, muss auch im Alter den gewohnten Lebensstandard halten können. Wir benötigen eine dauerhaft stabile und sichere Rente für alle.

Es ist zwingend nötig, **Verteilungsfragen, Steuergerechtigkeit und echte Gleichstellungspolitik** offensiv anzugehen.

Eine unsere größten gesellschaftlichen Herausforderungen ist die **Bewältigung der menschengemachten Klimakrise**. Doch wenn das gelingen soll, dann müssen wir auch alle mitnehmen. Wir müssen sicherstellen, dass bei dieser gewaltigen Transformation niemand verloren geht.

Mein Sinn für soziale Gerechtigkeit ist stark durch meine Familie geprägt: Die Überzeugung, dass Sozialdemokratie sowie Gewerkschaften zusammengehören und „für uns kleine Leute“ da sind, war vor 25 Jahren mein Antrieb, in die SPD einzutreten. Sie ist seitdem der Hauptantrieb meiner politischen Arbeit.

Respekt, Wertschätzung und soziale Gerechtigkeit kommen nicht von allein.

Dafür kämpfe ich – und freue mich auf Ihre Unterstützung!



**SVEN
WINGERTER**

Zusammenhalt, Klimaschutz und ein starkes, soziales Europa.

In Zeiten, in denen die Demokratie an vielen Fronten zunehmend geschützt und verteidigt werden muss, gilt das umso mehr. Wir stehen für **äußere, innere und soziale Sicherheit** ein – ohne dass das eine auf Kosten des anderen geht.

Gemeinsam mit der SPD möchte ich ein Kümmerer sein, der sich der konkreten Probleme der Menschen annimmt und mit ihnen gemeinsam echte Lösungen entwickelt. Mir geht

Wer darf bei der Kommunalwahl wählen?
Wahlberechtigt ist jeder EU-Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten seinen Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde hat.

Muss man SPD-Mitglied sein, um auf der SPD-Liste zu kandidieren?
Nein, auch Nichtmitglieder können auf unserer Liste kandidieren.

Jetzt stehen die Bundestagswahlen im Fokus, doch schon im Frühjahr 2026 haben Sie die Chance, die Zukunft unserer Stadt direkt mitzugestalten – bei den Kommunalwahlen. Dafür suchen wir engagierte Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich für ein solidarisches, gerechtes und nachhaltiges Lorsch einzusetzen. Die SPD Lorsch bietet Ihnen die Möglichkeit, aktiv Einfluss auf lokale Entscheidungen zu nehmen – sei es in den Bereichen Bildung, Wohnraum, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit. Ob Sie schon Erfahrung in der Politik haben oder ganz neu dabei sind: Wichtig sind Ihre Ideen, Ihre Perspektive und Ihr Engagement für unsere Gemeinschaft. Werden Sie Teil unseres Teams und helfen Sie uns, Lorsch noch lebenswerter zu machen. Gemeinsam können wir viel bewegen! Melden Sie sich jetzt bei uns, und lassen Sie uns ins Gespräch kommen.

Ihr Lorsch braucht Sie!
info@spd-lorsch.de

Wie viel Zeit muss man pro Monat investieren?
In Lorsch kann man mit ca. 4 Abenden im Monat a jeweils 2 Stunden rechnen.

Von wem wird die Entscheidung getroffen, wer auf der SPD-Liste kandidieren darf?

Die Liste wird auf einer Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins beschlossen.

Wer kann gewählt werden?

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens sechs Monaten seinen Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde hat.

Sozialer Wohnungsbau in Lorsch

Es muss mehr und vor allem schneller gebaut werden.

Wunder gibt es immer wieder, vielleicht auch in Lorsch. In ganz Deutschland ist es schwierig eine geeignete Wohnung zu finden.

In Lorsch ist die Situation nicht anders und viele Familien oder auch Singles warten oftmals vergebens auf das große Glück der richtigen Wohnung.

Besonders schwierig ist es dabei für Personen und Familien mit geringem Einkommen.

Der Grund für diese Misere ist fast überall in unserem Land, so auch in Lorsch: Es wird zu wenig in den sozialen Wohnungsbau investiert.

Als schlechtes Beispiel muss man auch hier Lorsch nennen: Seit mehr als fünf Jahren wird darüber gesprochen, die Schlichtwohnungen in der Lagerhausstraße durch neue Sozialwohnungen zu ersetzen.

Die Schlichtwohnungen wurden Ende 2024 immer noch bewohnt, aber jetzt scheint Licht am Horizont zu sein.

Häuser werden auf Kosten der Stadt abgerissen und auch für Ersatzwohnungen trägt die Stadt die Kosten.



Sozialer Wohnungsbau kann auch schneller gehen!

Laut Haushaltsrede des Lorschener Bürgermeisters für 2025 soll bald mit dem Abriss der alten Häuser begonnen werden. Für die jetzigen Bewohner hat die Stadt eigens ein Haus gekauft. Somit ist klar: die

Gerüchte sagen, dass es bessere Angebote gab, hoffentlich wirkt dieses Entgegenkommen der Stadt sich positiv auf die Verträge mit dem Bauträger der Sozialwohnungen aus.

Es darf aber nicht bei den Neubauten in der Lagerhausstraße bleiben. Andere Flächen müssen zusätzlich bereitgestellt werden - auch in der Innenstadt, wenn die Stadt im Besitz dieser Fläche ist.

Wichtig ist bei neuen angedachten Flächen aber, dass die Anwohner frühzeitig mit in die Planung einbezogen werden, um Missverständnisse im Vorfeld zu vermeiden.

Eine transparente Vorgehensweise wird sich auszahlen und für Tempo bei der Umsetzung sorgen.

Die Schuldenbremse

Eine sozialdemokratische Perspektive

Die Schuldenbremse, seit 2009 im Grundgesetz verankert, legt fest, dass die Bundes- und Landesregierungen nur in engen Grenzen neue Schulden aufnehmen dürfen. Dieses Regelwerk wurde einst geschaffen, um Haushaltsdisziplin sicherzustellen und nachfolgenden Generationen keine unüberwindbaren Schuldenberge zu hinterlassen.

Doch ist sie in ihrer derzeitigen Form wirklich sinnvoll, insbesondere in Krisenzeiten oder angesichts dringender notwendiger Zukunftsinvestitionen?

Aus unserer Sicht lautet die Antwort: Nein.

Die CDU und andere konservative Akteure verteidigen die Schuldenbremse als Garant für solide Finanzen. Sie warnen davor, dass eine Lockerung oder gar Abschaffung den Staatshaushalt destabilisieren könnte. Doch diese Sichtweise greift zu kurz und berücksichtigt weder die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen noch die langfristigen Bedürfnisse der Bevölkerung. Denn in einer Zeit, in

der der Klimawandel, marode Infrastruktur, Bildungslücken und der digitale Wandel enorme Investitionen erfordern, wird die Schuldenbremse zunehmend zum Hindernis.

Aus unserer Perspektive steht die soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Die Schuldenbremse in ihrer starren Form verhindert notwendige öffentliche Investitionen, die sowohl kurzfristig die Konjunktur stützen als auch langfristig die Lebensqualität verbessern. Ohne ausreichende Mittel für Schulen, Krankenhäuser, den Ausbau erneuerbarer Energien und bezahlbaren Wohnraum riskieren wir, dass die soziale Schere weiter auseinandergeht.

Die CDU hält dem oft entgegen, dass Investitionen auch innerhalb der Schuldenbremse möglich seien. Doch die Realität zeigt, dass diese Logik selten funktioniert. Viele Kommunen sind bereits jetzt unterfinanziert und kämpfen mit chronischem Investitionsstau. Eine

flexible Handhabung der Schuldenbremse, etwa durch die Schaffung von Ausnahmeregelungen für Zukunftsinvestitionen, würde den Spielraum für sozial gerechte Politik erheblich erweitern.

Die Vorteile dieser Sichtweise liegen auf der Hand: Eine gelockerte Schuldenbremse erlaubt es dem Staat, aktiv in die Zukunft zu investieren, anstatt notwendige Maßnahmen aufzuschieben oder auf den Privatsektor zu verlagern. Gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen profitieren von besserer Infrastruktur, einer funktionierenden Daseinsvorsorge und einer resilienten Wirtschaft.

Die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form mag solide Finanzen suggerieren, sie verhindert jedoch Fortschritt und Chancengleichheit. Eine sozialdemokratische Lockerung würde sicherstellen, dass finanzielle Verantwortung mit sozialer Verantwortung Hand in Hand geht. Es ist Zeit für einen Wandel, der allen zugutekommt.

Die Lorsch Finanzen

In Lorsch wird das Geld knapp

2024 wurde der Hebesatz für die Grundsteuer B in Lorsch um rund 75 Punkte angehoben. Diese Maßnahme sollte sicherstellen, dass 2025 keine weitere Erhöhung notwendig wird und eine Vermischung mit der anstehenden Grundsteuerreform vermieden werden kann. Bundesweit gilt die Vorgabe, dass die Reform das Steueraufkommen auf dem bisherigen Niveau hält. Während das für Einzelpersonen zu höheren oder niedrigeren Beträgen führen kann, sollten die Gesamteinnahmen der Gemeinde unverändert bleiben.

Allerdings wurde dabei übersehen, dass Gemeinden einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen müssen. Ende 2024 wurde klar, dass die Einkommenssteuer-Einnahmen für Lorsch deutlich niedriger ausfallen als erwartet, während gleichzeitig die Kosten für kommunale Gehälter, die Kreisumlage und die Schulumlage erheblich steigen.

In Lorsch kommt hinzu, dass die Straßenbeitragssatzung seit 2018

außer Kraft gesetzt ist und Grundsanierungen von Straßen über die Grundsteuer finanziert werden. Angesichts der stark gestiegenen Baukosten reichen die geplanten Einnahmen aus der Grundsteuer dafür nicht mehr aus.

Die Grundsteuer ist die einzige Steuer, die die Gemeinde selbst festlegen kann und stabile Einnahmen garantiert. Wenn jedoch die Einnahmen unverändert bleiben sollen, müssen die Ausgaben geprüft werden. Bei einem Haushalt von rund 45 Millionen Euro könnte man meinen, dass sich Einsparungen in Millionenhöhe realisieren lassen. Aber: Einschnitte können nur bei freiwilligen Leistungen und Investitionen erfolgen.

Wo soll also der Rotstift angesetzt werden? Bei der Vereinsförderung, den Stadtfesten, den Zuschüssen für Kitas – oder beim Schwimmbad? Diese schwierigen Fragen müssen die Lorsch Stadtverordneten bis zur Verabschiedung des Haushalts 2025 am 20. Februar beantworten.

Die SPD Lorsch vertritt den Standpunkt, dass beide Seiten berücksichtigt werden müssen: Eine moderate Erhöhung der Grundsteuer ist unvermeidbar, gleichzeitig müssen aber auch Ausgaben reduziert werden. Dies bedeutet, dass einige Projekte, die vor zwei oder drei Jahren als gute Idee galten und für die sogar Zuschüsse beantragt wurden, nicht umgesetzt werden können.

Hier geht es nicht alleine darum, Mittel im Haushalt eines Jahres einzusparen, sondern vor allem darum, auch die langfristige Finanzplanung im Auge zu behalten. Denn jede Investition hat Folgekosten durch Unterhalt und meist Zinszahlungen.

Positiv hervorzuheben ist, dass in Lorsch diese Diskussionen sachlich und lösungsorientiert geführt werden. Anstatt sich gegenseitig Schuld zuzuweisen, suchen die Fraktionen gemeinsam nach tragfähigen Lösungen für die Stadt.

Mehr für dich. Besser für Deutschland.

Worauf es jetzt ankommt

Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Es geht um viel bei dieser Wahl. Wir leben in schwierigen Zeiten: Es herrscht Krieg mitten in Europa, unsere Unternehmen stehen in einem verschärften internationalen Wettbewerb, der Zusammenhalt im Land steht auf der Probe.

Die Populisten von rechts und links wiederum geben völlig falsche Antworten. Ihr Geschäftsmodell ist es, unsere Gesellschaft zu spalten. Wir sagen: Das alles schadet Deutschland. Das ist nicht unser Weg. Deutschland steht vor bedeutenden Entscheidungen: Investieren wir jetzt weiter kraftvoll in unser Land? Oder lassen wir unsere Bahn, unsere Straßen und Brücken verkommen?

Sorgen wir jetzt dafür, dass alle im Alltag gut auskommen – mit anständigen Löhnen, bezahlbaren Lebensmitteln und erschwinglichen Mieten? Oder nehmen wir es hin, wenn die Kaufkraft sinkt und Wohnen immer teurer wird?

Sorgen wir jetzt für stabile Renten, für gute Gesundheit und Pflege, für intakte Schulen und Kitas? Oder setzen wir ausgerechnet da den Rotstift an?

Sichern wir jetzt Arbeitsplätze? Investieren wir jetzt in eine moderne

Wirtschaft und sorgen für günstigen Strom, den unsere Unternehmen dringend brauchen?

Oder gucken wir tatenlos zu, wenn überall um Deutschland herum mit neuen Technologien die Zukunft entsteht? Setzen wir jetzt die nötige Modernisierung unseres Landes fort? Oder legen wir bei Klimaschutz und Gleichberechtigung den Rückwärtsgang ein? Unterstützen wir jetzt weiter die Ukraine – stand-

Wir unterstützen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten im weltweiten Wettbewerb – mit günstigen Energiepreisen und einem „Made-in-Germany“ Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze.

Wir stabilisieren die Renten und sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege, die alle erreicht und für alle bezahlbar bleibt.



Wir kämpfen für innere und äußere Sicherheit und stellen uns den Feinden der offenen Gesellschaft konsequent entgegen.

Wir setzen uns ein für gesellschaftlichen Fortschritt, für gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern. Für Vielfalt und Toleranz. Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und

haft und besonnen?

Genau deshalb braucht Deutschland in dieser schwierigen Zeit eine starke SPD:

Wir sorgen dafür, dass das Leben bezahlbar bleibt – mit einem höheren Mindestlohn, Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei der Einkommenssteuer, weniger Mehrwertsteuer auf Lebensmittel sowie wirksamen Regeln für bezahlbares Wohnen.

Wir investieren weiter in Schienen, Brücken und digitale Netze.

digitalisieren die Verwaltung – und auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien halten wir das Tempo hoch.

Zupackende Politik für die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die unser Land am Laufen halten, und für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Politik mit Maß und Mitte, die verbindet und nicht spaltet.

Darauf kommt es jetzt an.